

Sitzungsperiode 2020-2021
Sitzung des Ausschusses I vom 15. März 2021

FRAGESTUNDE*

- **Frage Nr. 557 von Herrn FRANSSSEN (CSP) an Ministerpräsident PAASCH zum europäischen Programm zur Emission von Liquiditätsscheinen – Erstellung des Vertragswerkes**

Ein Kassenkredit in Höhe von 250.000.000€ und ein Programm zur Ausgabe von Liquiditätsscheinen in Höhe von 650.000.000€ erlauben der DG derzeit ihren Finanzbedarf zu decken. Um den mittel- und langfristig absehbaren Bedarf zu decken ist geplant, ein weiteres Instrument – das European Medium Term Notes (EMTN) Programm - einzusetzen.

Dieses EMTN Programm bietet im Vergleich zu dem bestehenden Programmen Vorteile, so dass sich neue potentielle Investoren einen einfacheren Überblick verschaffen können.

Somit würde es der Deutschsprachigen Gemeinschaft ermöglicht, andere belgische und europäische Banken mit der Aufgabe des „Dealers“ zu betrauen und gleichzeitig eine größere Anzahl von Investoren anzusprechen. Dies wiederum wird sich positiv auf die zu zahlenden Gebühren und Zinsaufschläge auswirken und gleichzeitig das Diversifikations- und Zinsrisiko deutlich senken – so die Informationen des DG-Ministeriums.¹

Hierzu meine Fragen:

- *Welche Höhe wird für das EMTN-Programm vorgesehen?*
- *Welche Vor- und Nachteile bietet die Platzierung von Anleihen an einer Börse von Euronext?*
- *In welchem Zeitraum werden die Kosten für den Auftrag (inkl. Kosten für das Anwaltshonorare) in Höhe von ca. 100.000 € kompensiert sein?*

- **Frage Nr. 558 von Herrn CREMER (ProDG) an Ministerpräsident PAASCH zum partizipativen Prozess bei der zukünftigen Staatsreform**

Bereits im Bericht der Regierungsbildner vom 30. September 2020 wurde hinsichtlich der anstehenden siebten Staatsreform angekündigt, dass die Föderalregierung zu diesem Thema eine breite politische Debatte initiieren wird. Ein wichtiger Teil dieses partizipativen Prozesses soll ein breiter Dialog mit den Bürgern sein.

Zurecht weist die Chefredakteurin der Tageszeitung *Le Soir* in der Ausgabe vom 26. Februar darauf hin, dass dies eine Premiere in der belgischen Geschichte ist. In der

* Die nachfolgend veröffentlichten Fragen entsprechen der von den Fragestellern hinterlegten Originalfassung.

¹ http://www.ostbelgienlive.be/desktopdefault.aspx/tabid-255/620_read-62713/

gleichen Ausgabe fordern Paul De Grauwe und Philippe Van Parijs, die Initiatoren der Initiative 'Rethinking Belgian Institutions' (Re-Bel), dazu auf, frühzeitig über die Gelingensbedingungen einer solchen Dialog-Plattform nachzudenken. Als mögliches Vorbild für die Durchführung dieser Initiative nennen beide auch den in unserer Gemeinschaft seit 2019 praktizierten Bürgerdialog.

In den kommenden Monaten wollen die für institutionelle Reformen und demokratische Erneuerung zuständigen Minister Annelies Verlinden und David Clarinval eine großangelegte Online-Befragung zu diesem Thema starten.

Ein zweiter Aspekt der Bürgerpartizipation wird das Einsetzen von Diskussionsforen sein, denen Mandatare, „ausgeloste“ Bürger, Akademiker und andere gesellschaftliche Akteure angehören sollen.

Dazu möchte ich Ihnen, Herr Ministerpräsident, folgende Fragen stellen:

- *Können Sie aus Ihren Gesprächen mit Ihren Kollegen im Konzertierungsausschuss darüber berichten, wie weit die Vorbereitungen zur Planung der geplanten Bürger-Online-Befragung und zur Vorbereitung der Diskussionsforen vorangeschritten sind?*
- *Was gedenkt die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft zu unternehmen, damit sichergestellt wird, dass auch die Bürger und Bürgerinnen aus unserer Gemeinschaft in die oben genannten Bürgerbeteiligungsprozesse systematisch einbezogen werden?*

• **Frage Nr. 559 von Herrn CREMER (ProDG) an Ministerpräsident PAASCH zu den Prognosen des Föderalen Planbüros**

In einer Pressemitteilung des Föderalen Planbüros vom 11. Februar 2021 wurden die makroökonomischen Wirtschaftsparemeter für das Jahr 2020 und für das Jahr 2021 präsentiert.

Wurde das negative Wirtschaftswachstum Belgiens für das Jahr 2020 im September 2020 vom Planbüro noch auf -7,4 Prozent eingeschätzt, so wurde dieser Prozentsatz im Februar 2021 auf - 6,2 Prozent korrigiert. Dies ändert aber nichts an der Tatsache, dass dies immer noch der größte Wirtschaftseinbruch in Belgien seit dem Zweiten Weltkrieg ist.

Obwohl die Prognosen bezüglich des Wirtschaftswachstums für das laufende Jahr aufgrund der immer noch andauernden Corona-Pandemie mit vielen Unwägbarkeiten verbunden sind, prognostiziert das Föderale Planbüro für das Jahr 2021 ein Wirtschaftswachstum von 4,1 Prozent. Im September 2020 ging das Föderale Planbüro für das Jahr 2021 noch von einem Wirtschaftswachstum von 6,5 Prozent aus.

Dazu möchte ich Ihnen, sehr geehrter Herr Ministerpräsident, folgende Frage stellen:

- *Welches sind die finanziellen Auswirkungen dieser vom Föderalen Planbüro revidierten Zahlen bezüglich des Wirtschaftswachstums für die Jahre 2020 und 2021 auf den Haushalt der Deutschsprachigen Gemeinschaft?*

• **Frage Nr. 560 von Herrn SERVATY (SP) an Ministerpräsident PAASCH zur Zukunft der Hilfeleistungszone 6**

In den jüngsten Wochen wurde in den verschiedenen ostbelgischen Medien mehrfach die Situation auf Ebene der Hilfeleistungszone 6 thematisiert; bekanntlich umfasst diese Hilfeleistungszone 6 die Feuerwehr- und Rettungsdienste aller neun Gemeinden der Deutschsprachigen Gemeinschaft.

Was deren Zukunft betrifft, wurden dabei verstärkt Überlegungen laut, die dazu führen könnten, dass die deutschsprachige Hilfeleistungszone in absehbarer Zeit zumindest Teile ihrer Eigenständigkeit verlieren könnte. In diesem Zusammenhang wurden gar Entwicklungen in Erwägung gezogen, die auf die mittelfristige Bildung einer einzigen Hilfeleistungszone auf Ebene der Provinz Lüttich hinausliefen. Derlei Überlegungen kamen insbesondere aus den Reihen von mitunter maßgeblichen Vertretern der Provinz.

Auch die Bürgermeisterin der Stadt Eupen, Frau Claudia Niessen, die gleichzeitig Vorsitzende der Hilfeleistungszone 6 ist, bezog vergangene Woche in Beantwortung einer Interpellation der Stadtverordneten Alexandra Barth-Vandenhirtz Stellung zu dieser Perspektive. Dabei brachte die Bürgermeisterin-Zonenvorsitzende laut der BRF-Berichterstattung ihre persönliche Einschätzung zum Ausdruck, dass man sich „aus dem Schneckenhaus der DG“ herausbewegen und die Kooperation mit anderen Zonen suchen sollte, auch wenn dies kein Plädoyer für eine einzige Zone sei. Auch müssten wir aufhören zu glauben, dass wir in der DG in der Lage sind, immer alles selber zu regeln – und dann auch noch zu glauben das besser zu machen – das sei hier definitiv nicht der Fall.

Als SP-Fraktion verfolgen wir diese Entwicklung mit äußerst großer Sorge, weil wir uns mit diesem drohenden Verlust an Eigenständigkeit nicht zuletzt von dem mühsam erkämpften Ziel, wohnortnah sowie eigenverantwortlich und in deutscher Sprache mittels der Feuerwehr- und Rettungsdienste für die Sicherheit unserer Bevölkerung zu sorgen, entfernen würden.

Hierzu lauten meine Fragen:

- *Wie schätzen Sie in diesem Zusammenhang die verschiedenen öffentlichen Stellungnahmen der letzten Wochen ein?*
- *Ist die skizzierte Entwicklung hin zur möglichen Zusammenlegung von Zonen auch Thema bei den laufenden Gesprächen zwischen der Regierung der DG und der Provinz Lüttich?*
- *Wie stehen Sie zum Ziel der Aufrechterhaltung der eigenen eigenständigen Hilfeleistungszone 6 für die neun Gemeinden der DG?*

• **Frage Nr. 561 von Herrn SERVATY (SP) an Minister ANTONIADIS zu Ferien auf dem Bauernhof-Projekten mittels Zeltbauten**

Kürzlich wurden Gemeinden der Deutschsprachigen Gemeinschaft von einem kommerziellen Anbieter angeschrieben, der verstärkt Projekte nach dem Modell der bereits bewährten Formel der Ferien auf dem Bauernhof verwirklichen möchte.

Dabei besteht die Besonderheit dieses spezifischen Angebotes in der Form der Unterkünfte, denn als solche sind Zeltbauten vorgesehen. Diese können den verschiedenen Modellen zufolge eine Innenfläche von 45 m² und eine Außenfläche von 65 m² erreichen, wobei bis zu fünf Einheiten pro Standort angedacht sind.

Beworben werden in diesem Zusammenhang u.a. die naturnahe Form des Ferienangebotes, der lokale und überschaubare Charakter der Projekte sowie die damit verbundenen Perspektiven für die Landwirte und die Landwirtschaft, sei es als zusätzliches wirtschaftliches Standbein für die einen oder als Aufwertung und erhöhte Wertschätzung für letztere. Dies sind jeweils Perspektiven und Ziele, die die uneingeschränkte Unterstützung der SP-Fraktion finden.

Derweil verdienen auf dem Weg zur verstärkten Umsetzung solcher Angebote neben planerischen und organisatorischen Herausforderungen auch raumordnerische und urbanistische Fragen eine Antwort.

Hierzu lauten meine Fragen:

- *Wie stehen Sie prinzipiell zu Projektvorhaben dieser Art?*
- *Welche Parallelen erkennen Sie auf der raumordnerischen und urbanistischen Ebene in diesem Zusammenhang zu den sogenannten Tiny Houses?*
- *Streben Sie auch in dieser Thematik die inhaltliche Konzertierung mit den Gemeinden der Deutschsprachigen Gemeinschaft an?*

• **Frage Nr. 562 von Herrn FRECHES (PFF) an Ministerpräsident PAASCH zur Zusammenarbeit EnergieAgentur NRW**

Wie der Name vermuten lässt, arbeitet die Energieagentur NRW im Auftrag der Landesregierung Nordrhein-Westfalens, aber tauscht sich mit Partnern aus der ganzen Welt über Erfahrungen im Bereich Energie aus.

Auch die DG soll von diesen Kenntnissen nun regelmäßig profitieren, sagte der Ministerpräsident Oliver Paasch. „Wir richten einen gemeinsamen Lenkungsausschuss ein, in dem wir uns regelmäßig treffen, mindestens ein Mal im Jahr, um unsere Vorhaben zu diskutieren. Wir werden auch Menschen sensibilisieren und dafür auf Referenten der Energieagentur zurückgreifen.“

So lautete eine Meldung des BRF´s am 3.2.2021.

Weiter war in diesem Artikel zu lesen :

Sensibilisierung und Austausch – in deutscher Sprache wohlgermerkt, denn das ist mit den Klimaschutzpartnern hierzulande in der Regel nicht möglich. Im Gegenzug erhofft sich auch die Energieagentur NRW neue Erfahrungswerte im Bereich Klimaschutz, genauso wie aus ihren Partnerschaften mit anderen Regionen.

„Wir haben Energiepartnerschaften auch zu Ländern wie Japan, Indien, US-Staaten und Ländern in Afrika“, erklärt der Geschäftsführer Dr. Frank-Michael Baumann. „Es wurde erörtert, wie diese Länder an Klimawandel herangehen und wie wir dieses Wissen auch bei uns anwenden können. Es ist ein Geben und Nehmen.“

Meine Fragen nun an Sie werter Herr Ministerpräsident:

- *Können Sie uns nähere Einzelheiten zu dieser Zusammenarbeitsvereinbarung nennen?*
- *Wie lange ist die Laufzeit dieser Zusammenarbeit definiert?*
- *Könnte man eventuell Zusammenarbeiten mit belgischen Universitäten bzw Hochschulen im Bereich des Klimawandels ins Auge fassen?*

• **Frage Nr. 563 von Herrn MOCKEL (ECOLO) an Ministerpräsident PAASCH zur Rückkehr zu den EU-Haushaltsregeln in 2023 und den Folgen für die geplanten Investitionen der DG-Regierung bis 2029**

Vor einigen Tagen teilte die EU-Kommission mit, dass sie auch für das Jahr 2022 den Mitgliedstaaten vorschlagen wird, die strengen EU-Haushaltsregeln aus zu setzen.

Als Kriterium für die Rückkehr zur Haushaltsdisziplin gelte das Wiedererreichen der Wirtschaftsleistung auf Vorkrisenniveau. Deshalb rechnet man allgemein damit, dass dies bereits für 2023 eine Rückkehr zu den strengen Haushaltsregeln bedeutet, wenn auch wahrscheinlich in leicht abgeänderter Form.

Die DG-Regierung hat Ende vergangenen Jahres ein Investitionspaket in Höhe von 600 Millionen Euro angekündigt, mit Projekten, die bis 2029 reichen. Ausserdem wird nach

aktuellem Stand Ihrer Planungen auch der laufende Haushalt der Deutschsprachigen Gemeinschaft mindestens bis 2025 ein Defizit aufweisen.

Herr Ministerpräsident, angesichts der nun absehbaren Rückkehr zu den EU-Haushaltsregeln ab dem übernächsten DG-Haushalt hätte ich folgende Fragen:

- *Welche Auswirkungen wird dies Ihrer Ansicht nach auf die tatsächlich noch möglichen Investitionsausgaben, sowie auf die laufenden Ausgaben, ab dem Haushalt 2023 haben?*
- *Welche präzisen Projekte wären laut aktuellstem Stand dadurch « gerettet », dass sie Teil des 50-Millionen-Relance-Pakets der EU für die DG sind? Hier musste die DG-Regierung ja in den letzten Tagen die konkreten Projektangaben einreichen.*